Bericht über die Entwicklung in Polen im Monat Mai 1956

A. Innere Entwicklung

I. Politisches Leben

1. Moskau schweigt 1
2. "Daloj gramotnyje" 4
3. Ja! In Warschau 6
4. Jakub Bermann endgültig erledigt 7
5. Der neue Stil der Parteiarbeit 8
6. Jugendprobleme 8
7. Entwurf eines neuen Strafgesetzbuches 10
8. Fortschrittliche Katholiken geben auf 11
9. Sozialistische Arbeitsdisziplin - veraltet 11
10. "Sozialistischer"Wettbewerb taugt auch nicht viel 12

II. Wirtschaft

1. Kongreß der Produktionsgenossenschaften in Warschau 13
2. Fünfjahrplan in den Staatsfarmen 14

III. Kulturelles Leben, Soziale Probleme

1. Aktuelle Aufgaben der Gewerkschaft in Polen 14
2. Wann endlich achtstündiger Arbeitstag? 15
3. Sozialistische Gesetzlichkeit erfordert Unabhängigkeit des Richters 16
4. "Vertrauliche Gutachten" sollen abgeschafft werden 17
5. Bürokratie - 55 Divisionen Amtsschimmelreiter 18

B. Beziehungen zum Ausland

1. Französischer Senator über die Oder-Neiße-Linie 19
2. Polens Ministerpräsident soll nach Frankreich reisen 19
3. Polnische Reaktion auf deutsche Stimmen zur Oder-Neiße-Linie 19
4. Neuer Kurs in der Warschauer Politik gegenüber Deutschland? 21

A. Innere Entwicklung

I. Politisches Leben

1) Moskau schweigt ...

Auch im Mai 1956 kennzeichnet der Machtkampf zweier Gruppen, an deren Spitze einerseits der Parteichef OCHAB, andererseits der Regierungschef CYRANKIEWICZ stehen (vgl. "Machtkampf in Polen" - Aprilbericht), die allgemeine Lage in Polen. Der Nachfolger BIERUTs, der neue Parteichef OCHAB, ist auf diesen Posten entgegen der allgemein herrschenden Annahme - nicht durch eine Intervention CHRUSCHTSCHOW's berufen worden. Nach Informationen aus gut unterrichteten Warschauer Kreisen hat CHRUSCHTSCHOW dem polnischen Politbüro freie Hand gelassen, wer zum neuen Ersten Sekretär des ZK in Warschau nominiert werden soll. Die Wahl OCHABs war das Resultat eines Kompromisses. Sie wurde von den meisten Politbüro- ZK-Mitgliedern als eine Notlösung betrachtet. Die Position OCHABs wird allgemein als nicht sehr stark bezeichnet, und man rechnet in Warschau mit der Möglichkeit, dass er sich als Parteichef nicht lange halten werde.

OCHAB selbst ist sich völlig klar darüber, dass seine Position schwach ist und versucht, sie mit allen Mitteln zu stärken. Er sieht seine einzige Chance darin, dass Moskau eines Tages ein Machtwort sprechen wird und ihm damit eine notwendige Stütze gibt, die ihm bisher fehlt. OCHAB sieht in der Entwicklung, die sich zurzeit in seinem Lande anbahnt, eine Gefahr für das herrschende System in Polen. Bekanntlich kamen in der Diskussion, die in Polen geführt wurde, nicht gerade wenig antisowjetische und antirussische Tendenzen zum Durchbruch. Das muss Moskau selbstverständlich auch als eine Gefahr betrachten und daran interessiert sein, diese Tendenzen zu dämpfen. So kann OCHAB hoffen, bei seinem Versuch, die Kritik in Polen zu ersticken, zumindest mit der Sympathie Moskaus rechnen zu können. Andererseits hegt er die Befürchtung, dass Moskau es ihm eines Tages verübeln könnte, wenn es ihm nicht gelingt, die derzeitige Entwicklung in Polen zu bremsen.

OCHAB gibt sich also alle Mühe, das zu tun, was sich die "Genossen in Moskau" vermutlich wünschen. Er sieht für sich die grösste Sicherheit darin, darüber zu wachen, dass die anderen nicht "zu weit gehen". Deshalb tut er alles, was in seinen Kräften steht, um den "anderen" einen Maulkorb anzulegen.

Diese "anderen" - damit ist der Kreis um den Ministerpräsidenten CYRANKIEWICZ gemeint - interpretieren das Schweigen Moskaus ganz anders als OCHAB. Die Gruppe um CYRANKIEWICZ ist der Meinung, man könne ohne Zweifel aus der Tatsache, dass Moskau in der Beurteilung der Lage in Warschau Zurückhaltung übt, Nutzen ziehen. Wenn Moskau schweigt, so argumentieren diese Kreise, sei das ein Beweis dafür, dass man sich selbst im Kreml noch nicht

klar ist, wen man in Warschau unterstützen solle. Bei der derzeitigen Richtung der sowjetischen Politik ist zu erwarten, dass sie nur dem ihre Unterstützung geben, der sich nicht nur innerhalb der Partei, sondern auch bei der polnischen Bevölkerung eine feste Position schaffen kann. Die Sicherheitspolizei wurde als Mittel zur Beherrschung der Bevölkerung größtenteils ausgeschaltet. Wenn man einen derartigen Schritt tut, hat man auch die Konsequenzen daraus zu ziehen, und das heisst in diesem Falle, die Meinung des Volkes muss, in gewissen Grenzen natürlich, mit in Betracht gezogen und auch beachtet werden.

Es kann keinen Zweifel darüber geben, dass die Bevölkerung an einer weitgehenden Liberalisierung aller Gebiete des öffentlichen Lebens interessiert ist. Sie wird ihre volle Unterstützung denjenigen geben, die sich zu Fürsprechern dieser Liberalisierung machen. Gerade jetzt, nach dem Tode Stalins und dem XX. Parteikongress in Moskau, ergab sich für Polen die grosse Chance, die sich anbahnende und nach dem Parteikongress stärker in Erscheinung tretende Tendenz einer Auflockerung des Satellitenverhältnisses zwischen Moskau und Warschau auszunützen. Gerade weil Moskau sich jetzt in Schweigen hüllt und nicht in die polnische Entwicklung eingreift, muss man testen, wie weit eine Verselbständigung Polens gehen kann. Der Kreml wird bestimmt auf irgendeine Art reagieren, falls eine für Moskau tragbare Grenze von Seiten Polens überschritten wird. Was wir jetzt aber durchsetzen, so argumentiert die Umgebung CYRANKIEWICZ's, das bleibt mit größter Wahrscheinlichkeit unangetastet, denn gewisse Dinge lassen sich in der heutigen Situation nicht rückgängig machen.

Es wäre natürlich nationaler Selbstmord, meint man in diesen Kreisen, wenn jetzt etwas unternommen oder geduldet würde, was vielleicht Moskau verärgern könnte. Deshalb ist es notwendig, alle nichtrussischen Akzente aus der zur Zeit geführten Diskussion auszuschalten. Auch ist es irrig anzunehmen, die CYRANKIEWICZ-Gruppe wolle einen Bruch mit Moskau herbeiführen. Ihrer Ansicht nach würden sowohl die polnischen Interessen, als auch der Aufbau des Sozialismus in Polen unter einem solchen Bruch leiden. Polen muss innerhalb des Ostblocks bleiben und seine Aussenpolitik mit der von Moskau weitgehendst koordinieren. Das bedeutet aber nicht die Aufgabe des Versuches, für Polen eine möglichst weitgehende Autonomie in allen Fragen des kulturellen Lebens, der Wirtschaft und auch inder Innenpolitik zu erlangen. Wenn man das erreicht hat, ist man der Unterstützung seitens der Bevölkerung gewiß, und wenn man sich dieser sicher ist, so besteht die Wahrscheinlichkeit, von Moskau als Partner akzeptiert zu werden. Auf diesen Linien also basiert die Politik des CYRANKIEWICZ-Kreises.

In den ersten Wochen nach der Abkehr vom Stalinismus hatte es den Anschein, als wenn CYRANKIEWICZ lediglich mit der Unterstützung der ehemaligen Sozialisten in der PZPR und eines Teiles des Regierungsapparates rechnen könnte. Jetzt hat sich aber die Situation zu seinen Gunsten geändert, denn es scheint, dass ein Teil des kommunistischen Flügels der Vereinigten Arbeiterpartei Polens ihn ganz offensichtlich gegen OCHAB unterstützt.
Zu diesen Leuten gehört beispielsweise das jetzige nominelle Staatsoberhaupt, der Vorsitzende des Staatsrates und Politbüromitglied, Alexander ZAWADZKI. Wie man sagt, hat er selbst auf die Nachfolge BIERUTs reflektiert und ist OCHAB gegenüber sehr verärgert, weil dieser schliesslich doch gesiegt hat. Auch scheint der Erste Stellvertreter des Ministerpräsidenten, Hilary MINC, der die gesamte Industriewirtschaft unter sich hat, mit der CYRANKIEWICZ-Gruppe zu sympathisieren. Seine Position ist aber zurzeit noch schwach, da OCHAB ihn für die auf dem Gebiet der Wirtschaft begangenen Fehler verantwortlich machen will.

Bei dieser Gelegenheit soll eine Information aus dem Aprilbericht richtiggestellt werden. Nach der Ernennung OCHABs zum Parteichef wurden bekanntlich zwei neue Sekretäre des ZK nominiert: Jerzy ALBRECHT und Edward GIEREK. Aufgrund der damaligen Informationen sollten sie beide dem OCHAB-Kreis angehören. Nach neuesten Berichten hat sich aber herausgestellt, dass dies im Falle Edward GIEREK nicht zutrifft. GIEREK wurde als Parteisekretär von der Gruppe um CYRANKIEWICZ durchgesetzt. Unter der Arbeiterschaft soll er sich einer gewissen Beliebtheit erfreuen und kann auch sonst für CYRANKIEWICZ und seine Anhänger von grossem Nutzen sein. Ohne Zweifel steht noch ein wichtiger Mann auf der Seite CYRANKIEWICZ's. Es handelt sich hierbei um den Verteidigungsminister und das Mitglied des Politbüros, Marschall Konstanty ROKOSSOWSKI. Als Oberbefehlshaber der Armee war er vor sieben Jahren den Polen von STALIN aufgezwungen worden, soll sich aber innerhalb dieser Zeit vollständig "repolonisiert" haben. Man sagt, er habe seine jahrelange Inhaftierung in einem sowjetischen KZ, während der man ihn auch die entsprechende Behandlung "geniessen" liess, nie verwinden können. Er hat auch keine Freunde in Moskau, ganz im Gegenteil, SCHUKOW und KONJEW sollen zu seinen persönlichen Feinden zählen. Während er in Moskau nur einer unter vielen war, ist er jetzt in Warschau in seinem Arbeitsbereich der erste. Die Ausbildung und die technische Verbesserung der polnischen Armee sind sein Werk, und er soll auch auf dieses, sein Werk, sehr stolz sein. Auf jedem Fall hält er demonstrativ gute Beziehungen zu CYRANKIEWICZ aufrecht.
OCHAB besitzt aber gerade im Verteidigungsministerium ein Gegengewicht. Der stellvertretende Minister und Chef der politischen Erziehung der Armee, Kazimierz WITASZEWSKI, gehört zu den Anhängern OCHABs. Das Mitglied des ZK-Sekretariats und des Politbüros, Franciszek MAZUR, gehört ebenso zu

diesem Kreis, wie der neuernannte Sekretär des ZK, Jerzy ALBRECHT.

Ein grosser Teil der Mitglieder des Politbüros, des ZK-Sekretariats und des Zentralkomitees hält es dagegen für klug, sich nicht festzulegen, sondern versucht sich zwischen den beiden konkurrierenden Gruppen zu halten. Dieser Gruppe sollen einmal das Politbüromitglied und erster Stellvertreter des Ministerpräsidenten, Zenom OCHAB (dieser hat die Aufsicht über alle landwirtschaftlichen Belange), sowie zwei weitere Sekretäre, die noch von BIERUT ernannt wurden, Jerzy MORAWSKI und Wladislaw MARTIN, angehören. Sie werden sich also voraussichtlich der Gruppe anschliessen, die den Sieg über die Konkurrenten davonträgt.

Zurzeit hat es den Anschein, als hätte CYRANKIEWICZ OCHAB gegenüber die besseren Chancen. Moskau schweigt aber dazu und läßt dadurch den Ausgang des Machtkampfes in Polen offen.

2) "Daloj gramotnyje"

"Daloj gramotnyje" - das war ein Schlachtruf in der ersten Zeit der russischen Oktoberrevolution. "Nieder mit den Intelligenzlern" (wörtlich bedeutet er: "Nieder mit denen, die schreiben können"). Die edle Kunst des Lesens und Schreibens schien manchen revolutionären Elementen damals mit einer reaktionären, volksfeindlichen Einstellung identisch zu sein. Man sollte meinen, solche Kinderkrankheiten gehörten einer längst vergessenen Periode der ersten revolutionären Zeit an.

OCHAB und seine Leute waren aber so unvorsichtig, und unklug, sich zu einer solchen Kampagne hinreißen zu lassen. Eine Besonderheit dieser Kampagne ist, daß sie zu unumwundenen antisemitischen Auftritten führt. Um diese Erscheinung begreifen zu können, muß man gewisse Tatsachen in Erinnerung bringen:

Die "Intelligenzler"- Schriftsteller, Künstler, Architekten, Presseleute u.a. - waren diejenigen, welche die Diskussion und Kritik an der Vergangenheit begonnen haben. Sie gaben dieser Diskussion von Anfang an einen sehr scharfen Ton. Ihren Höhepunkt erreichten Diskussion und Kritik während der Session des Kulturrates und der Sitzung der polnischen Architekten. Unter denjenigen, die damals zu einer unerbittlichen Kritik das Wortergriffen hatten, gab es viele Vertreter der polnischen Intelligenz, die jüdischer Abstammung sind, (z.B. SLONIMSKI, JASTRUN, SANDAUER, ZELNIKER, TOMPLITZ u.v.a.). Es ist möglich, dass bei den Reden dieser Schriftsteller, Publizisten usw. die Verbitterung über die antisemitischen Tendenzen STALINS und die Tatsache, dass auch die heutige Kremlführung nicht frei von Antisemitismus ist, eine Rolle gespielt hat. Im übrigen sind sie in ihrer

Kritik nicht weiter gegangen als ihre "urpolnischen" Kollegen.

Die Gruppe um OCHAB hat von Anfang an die Gesamte Diskussion argwöhnisch beobachtet, ihr Mißfallen offen zur Schau getragen und sogar mit Repressalien gedroht (sh. Aprilbericht). Bei seinen Bemühungen, die Diskussion zu bremsen, hatte OCHAB jedoch nur einen Teilerfolg. Die "andere Seite" hat diesen Bemühungen entgegengewirkt und sich - unterstützt von der Cyrankiewicz-Gruppe - keine Knebel in den Mund stecken lassen. OCHAB und seine Leute glaubten daraufhin, stärkere Mittel in Anwendung bringen zu müssen. Sie versuchten z.B., die in der Partei organisierten Arbeiter gegen die Intelligenz aufzuhetzen. Man sprach in diesem Zusammenhang von den "Schöngeistlern", die versuchten, alle Errungenschaften der letzten elf Jahre in Frage zu stellen und die Freundschaft zu dem grossen "Brudervolke" zu vergiften. Man ist in OCHABs Umgebung sogar noch einen Schritt weiter gegangen und hat versucht, in Anlehnung an gewisse antisemitische Tendenzen im Kreml die Hauptschuld an der "Entartung" der Diskussion und Kritik auf die "Intelligenzler" jüdischer Abstammung abzuwälzen. Es soll in diesem Zusammenhang auf manchen Parteiversammlungen zu offenen Angriffen gegen verschiedene Parteimitglieder gekommen sein, wobei man ausser sachlichen Argumenten auch das "Argument" hörte, der soundso sei ein Jude.

Es ist schwer zu sagen, was sich OCHAB von seiner antisemitischen Aktion versprochen hat. Vielleicht glaubten seine Ratgeber, die Überbleibsel des Rassismus seien in der polnischen Bevölkerung noch stark genug, seiner Aktion die notwendige Unterstützung zu verleihen. Was aber kam, war für die OCHAB-Leute eine furchtbare Enttäuschung.

Die Massen der kleinen Parteimitglieder und der Bevölkerung reagierten sauer. Die Meinung dieser Leute kommt vielleicht am besten in folgendem Ausspruch zum Ausdruck: "Sagt lieber, was ihr zu tun gedenkt, um unsere materielle Lage zu verbessern und lasst diesen Quatsch mit den Juden sein." Eine echte Welle der Empörung ging durch die Parteiversammlungen, die Presse usw. Sehr scharf hatte die Parteijugend darauf reagiert. In der studentischen Wochenschrift "Poprostu" (nebenbei gesagt, heute einer der meist gelesenen Zeitschriften in Polen) hat man die Versuche, eine Massenhetze zu entfesseln, gebrandmarkt. Ähnliche Stimmen wurden auch in anderen Zeitschriften und Zeitungen laut, wie z.B. in der illustrierten Zeitschrift "Swiat", in der ein bekannter Publizist schrieb, dass die Einstellung zur "Rassenfrage" für ihn ein Kennzeichen dafür sei, wie er echte fortschrittliche Menschen von den unechten unterscheiden kann. In einem Artikel vom 31. Mai 1956 bezeichnet die vielgelesene Zeitung "Zycie Warszawy" die antisemitischen Auftritte als "Überbleibsel des Kannibalismus". Es heisst dort weiter:

"Die Dunkelmänner sagen oft, die Juden hätten in der Berija-Clique

ausschlaggebend mitgewirkt, ... die Juden hätten einen Hang zum bürgerlichen Liberalismus. Das ist reaktionäre Demagogie der Antisemiten, und diese Demagogie muss scharf bekämpft werden."

"Trybuna Ludu" schrieb am 25. Mai:

"Die Wojewodschaftskomitees der Partei sollen den schädlichen Stimmen mancher Genossen, die gegen Intelligenzler und Journalisten zu hetzen versuchen, entschlossen entgegenwirken. Der Grund solcher parteischädigenden Auftritte ist der Unwille, die leninistischen Prinzipien im Parteileben zu werwirklichen.

Viele unserer Genossen haben vor einem selbständigen Denken angst. Die Kritik an unseren Fehlern und Mängeln sehen sie so, als sei sie gegen die Partei gerichtet. Gegen solche Versuche wird die Presse einen scharfen Kampf führen. Die kämpferische Kritik wird von uns weiter gefördert.

Es gibt aber auch solche Genossen, die die Meinung vertreten, dass es mit der Presse viel Ärger gibt, und dass man ohne Zeitung viel bequemer und ruhiger leben würde. Wir brauchen nicht erst zu beweisen, dass solche Genossen und solche Ansichten nicht gerade von der besten Qualität sind. Ohne 'Ärger' mit der Presse, ohne rücksichtslose Enthüllung aller Fehler, kurz, ohne Presse' und die Tausenden von Pressekorrespondenten könnte man weder die Stimmung der Massen kennenlernen, noch die Partei und den Staat leiten."

Um das ganze Gewicht dieser Worte zu verstehen, die im amtlichen Parteiorgan erschienen sind, muss man noch den Namen des Autors kennenlernen: Es ist Tadeusz GALINSKI, der Leiter der Abteilung Presse und Propaganda beim ZK der Partei. Allein diese Tatsache müsste genügen, um zu begreifen, welche Schlappe OCHAB bei seiner letzten "Offensive" erlitt. Natürlich werden bei dieser Aktion gegen OCHAB und seine Leute keine Namen erwähnt, und doch ist es jedem politisch orientierten Menschen in Warschau klar, wer gemeint ist.

3) "Ja! in Warschau..."

In Warschau stiess OCHAB bei seinem Versuch, die Kritik und Diskussion zu bremsen, auf einen kräftigen, ja man kann sagen, fast einstimmigen Widerstand. In der Provinz dagegen lässt es sich leichter regieren. Dort gibt es viele lokale "Gauleiter", "Kreisleiter" und noch kleinere Häuptlinge, die genau wie OCHAB in der entbrannten Diskussion eine Gefahr für die eigene, bisher unangefochtene Alleinherrscher-Position erblicken und daher diese Diskussion mit allen Mitteln zu verhindern suchen. Ende Mai fand in Warschau der Kongress der Produktionsgenossenschaften statt. Während dieses Kongresses erzählte der Erste Stellvertreter des Ministerpräsidenten

Zenon NOWAK (lt. "Trybuna Ludu" vom 30. Mai):

"Als ich während einer Sitzungspause mit verschiedenen Genossen sprach, fragten diese mich: Warum darf man hier in Warschau frei diskutieren, bei uns in der Provinz dagegen nicht? Ich muss sagen, im ersten Augenblick war ich empört, aber die Genossen klärten mich auf: Wenn wir 'ihn' kritisieren würden, dann würde 'er' sogar freundlich dabei lächeln, aber bei einer passenden Gelegenheit versetzt 'er' uns dann einen derartigen Schlag, dass uns die Lust zur Kritik für Jahre vergeht."

Die Zeitung klärt die Leser zwar nicht darüber auf, wer dieser "er" sei ! aber man kann sich darunter sehr lebhaft einen "Bonzen" aus der Provinz vorstellen. Einen weiteren Beitrag zu diesem Thema liefert "Zycie Warszawy" vom 30. Mai in einer Reportage aus einer nicht genannten Provinzstadt. Ein Schullehrer erzählt:

"Bei uns passiert eigentlich nichts, und das ist ja gerade das Schlimme. Bei Euch in Warschau , da kocht es, ja da siedet es. Aber unser Direktor behandelt die Warschauer Presse als ein "erzieherisch schädliches Material", ja beinahe als ein subversives Material. Seit dem XX. Parteitag in Moskau sind aus unserem Lesesaal und aus dem Lehrerzimmer alle Warschauer Zeitschriften verschwunden. Den Klubraum der Schule hat man zu renovieren begonnen. Früher wurden in diesem Raum Versammlungen und Diskussionen abgehalten. Jetzt dauert diese 'Renovierung' schon zwei Monate, und noch ist kein Ende abzusehen. Nun ja, wenn jemand 10 Jahre lang nur kommandierte, will er jetzt zumindest etwas Zeit gewinnen, um die Entwicklung zu verlangsamen..."

4) Jakub BERMAN endgültig erledigt...

Am 6. Mai brachte die Presse ein kurzes Kommunique, das erneut gegen das ehemalige Politbüromitglied und zurückgetretenen Stellvertreter des Ministerpräsidenten, Jakub BERMAN, polemisierte. Dieser Schritt ist "als Folge der vom Politbüro geführten Analyse von Fehlern und Entstellungen in der parteilichen und staatlichen Arbeit der vergangenen Jahre" anzusehen. "Das Politbüro verurteilte kritisch die Tätigkeit des Genossen Berman auf den von ihm beaufsichtigten Gebieten".

Auf diese Art und Weise wurde einer der einflussreichsten Männer aus der "ersten Garnitur" Warschaus gestürzt. BERMAN galt in den ersten Nachkriegsjahren als der besondere Vertrauensmann STALINs. Er war die "graue Eminenz" und galt zeitweise als der mächtigste Mann in Warschau. Während der letzten Lebensjahre STALINs büsste er viel von seinem Einfluss ein, und zurzeit des Prozesses gegen die jüdischen Ärzte in Moskau galt seine Position als schwer erschüttert. Vor dem endgültigen Sturz bewahrte ihn damals BIERUT, mit

Der Tod BIERUTs und die Abkehr vom Stalinismus haben ihm den Boden unter den Füssen endgültig weggerissen. Selbstverständlich war BERMAN nicht mehr und nicht weniger Stalinist als beispielsweise OCHAB. In Warschau aber wurde die Meinung vertreten, dass irgendjemand von der Partei- und Regierungsspitze geopfert werden muss, um die Abkehr von dem Gewesenem noch stärker zu betonen. Für diesen Zweck erschien gerade BERMAN alsder Geeignetste. Da er es stets bevorzugt hatt , aus dem Hintergrund zu wirken, musste er das Schicksal aller "grauen Eminenzen" teilen. Niemand kam ihm zu Hilfe, da er keine Anhänger besass.

5) Der neue Stil der Parteiarbeit

Auf der im Mai stattgefundenen Konferenz des Warschauer Parteiaktivs wurde ein Beschluss gefasst, der von "Trybuna Ludu" (23. Mai) als "richtungsweisend für alle Parteiorganisationen" betrachtet wird.

"Während der bisherigen, langjährigen Praxis der Parteiarbeit - so lesen wir in diesem Beschluss - zeigte sich eine Verletzung der leninistischen Prinzipien, die sich in einer Hypertrophie der Rolle der Exekutive und des Apparates äusserte, bei einer gleichzeitigen Atrophie der Rolle des aus den Wahlen hervorgegangenen Plenums. Das bisherige Arbeitssystem sah folgendermassen aus: Das leitende Organ ist die Exekutive, das ausführende Organ ist der Apparat, dagegen ist das Plenum nur als ein Hilfs- und Beratungsorgan zu betrachten. Das Plenum übt keinen ständigen und ausschlaggebenden Einfluss auf die allgemeinpolitische Führung der Parteiorganisation des Warschauer Gebietes aus. Es hat auch keinen Einfluss auf die Arbeit der Exekutive, ja mehr noch als das, es wird nicht einmal regelmässig über deren Arbeit informiert. Anstatt, dass das Plenum die Arbeit der Exekutive leitet, ist es umgekehrt, d.h. die Exekutive leitet die Arbeit des Plenums. In Zukunft aber muss die politische Leitung der Warschauer Organisation einer Instanz angehören, die aus den Wahlen hervorgegangen ist, d. h. also dem Plenum. "

Die Bedeutung dieses Beschlusses gehe weit über den Rahmen einer lokalen Parteiorganisation hinaus und müsse daher von allen anderen Organisationen als Richtlinie betrachtet werden, fügt das Parteiorgan "Trybuna Ludu" hinzu.

6) Jugendprobleme

Die allgemeine Diskussion, die seit dem XX. Parteitag der KPdSU in Polen geführt wird, konnte einerseits die Probleme der Jugend nicht unberücksichtigt lassen, andererseits, wie nicht anders zu erwarten, hat sich die Jugend selbst in diese Diskussion eingeschaltet.

Bestürzung war die erste Reaktion der Jugend auf die Abkehr vom Stalinismus.

Nachdem in den ersten Wochen der Diskussion viele Punkte geklärt und viele Zweifel beseitigt waren, trat die Jugend in die ersten Reihen der Diskutierenden. Sie setzt sich für eine tiefe, scharfe und ungeknebelte Kritik an allen Fehlern der Vergangenheit ein und steht fast geschlossen hinter der von CYRANKIEWICZ vertretenen Gruppe der "Reformer".

Die bisherige Arbeit der staatlich konzessionierten, einzigen Jugendorganisation [illegible] (Verband der Polnischen Jugend) wurde einer mitleidlosen Kritik unterzogen. Diese Kritik ging so weit, daß die Leitungen von Partei und Jugendverband gezwungen waren, dazu Stellung zu nehmen. Das Warschauer Parteiaktiv wurde zu einer Sitzung einberufen, in der ausschliesslich Jugendprobleme behandelt wurden. Auf dieser Sitzung äusserte sich der Sekretär des ZMP folgendermassen:

"Besonders stürmisch verläuft die Diskussion unter den Studenten. Dutzende und Hunderte von jungen Menschen, von denen wir bisher nichts bemerkt haben, oder richtiger gesagt, denen wir bisheute nicht erlaubt haben, sich aktiv in unserer Organisation zu betätigen, treten jetzt plötzlich in Erscheinung. Bei dem für die Jugend typischen Mangel an Geduld und Ausdauer ist es kein Wunder, dass in der Hitze der Diskussion verschiedene falsche Tendenzen hervortreten, wie z.B. die , einfach die achtjährige Arbeit des ZMP zu negieren. Trotz aller Mängel und Fehler hat es der ZMP aber doch verstanden, die Jugend für den grossen Aufbau des Sozialismus in Polen zu mobilisieren und hat ausserdem viele Beweise seiner treuen Ergebenheit der Partei gegenüber erbracht. Gegen verschiedene Tendenzen müssen wir jedoch sehr entschieden auftreten: Hierbei handelt es sich insbesondere um den von manchen geäusserten Wunsch, unsere Organisation aufzulösen. Dafür sollte an ihre Stelle eine Reihe von anderen politischen Jugendorganisationen treten, so z.B. Organisation für junge Katholiken, Liberale Sozialisten, Radikale und Kommunisten. Diese Vorschläge betrachten wir allerdings als besonders schädlich und gefährlich. Eine Spaltung unserer Jugend wird niemanden nützen, ja solche Tendenzen sind gegen die Interessen der Jugend selbst gerichtet."

Die Kommunisten denken nicht daran, auf ihr durch die Staatsjugend verwirklichtes Monopol auf dem Gebiete der Jugenderziehung zu verzichten. Diese Frage war von einem katholischen Abgeordneten des Parlaments aufgeworfen worden, der die Schaffung einer katholischen Jugendorganisation verlangt hatte. Obwohl dieser Vorschlag von allen Seiten angegriffen wurde, fanden sich unter den Vertretern der Jugend immer wieder einige, die sogar eine noch weiter gehende Zersplitterung auf organisatorischem Gebiet verlangten. In diesem Augenblick jedoch wurde von offizieller Seite erklärt, dass man solche Versuche nicht dulden würde.

Man kam auf dem Plenum der Partei zu der Einsicht, der Jugend nicht das notwendige Verständnis entgegengebracht zu haben. Das zeigt sich in folgenden Aussprüchen:

" ... wurde die Antwort auf die Frage: Wie soll die Partei in Zukunft die Jugendorganisation leiten, gesucht. Dabei stellte man fest, dass die Partei auf diesem Gebiet noch kein Aktionsprogramm besitzt. Die Verselbständigung der Jugend trifft in der Partei auf viele Widerstände.

Das Zentralkomitee hat den Jugendproblemen nicht die notwendige Aufmerksamkeit geschenkt, und jetzt ist es schwer, dieses Versäumnis wieder gutzumachen. Dazu wird eine gesteigerte Anstrengung und Sorge von Partei, Schule und Familie erforderlich sein."

7) Entwurf eines neuen Strafgesetzbuches

Wie "Glos Pracy" vom 9. Mai meldet, ist in Warschau der Entwurf eines neuen Strafgesetzbuches veröffentlicht worden. Danach soll die Todesstrafe im Prinzip künftig abgeschafft werden. Für kleinere Vergehen wird eine Besserungsstrafe ohne Freiheitsentzug vorgesehen. Diese wird am Arbeitsplatz des Bestraften unter gleichzeitigem Lohnabzug in Höhe von 10 bis 15 % verbüßt. Als zusätzliche Strafen sieht der Entwurf das Verbot vor, bestimmte Funktionen zu bekleiden oder gar den Beruf auszuüben. Wesentlich ist das Kapitel über den Schutz des Bürgers und seiner Rechte erweitert. Im Abschnitt über Verstösse gegen die Rechte des Beschäftigten sieht der Entwurf in verschiedenen Punkten die disziplinarische Verantwortlichkeit des Betriebsleiters vor. Dazu gehören u.a. folgende Punkte:

1. Bewusste Verletzung der Vorschriften über Arbeitsverhältnisse.
2. Über die Sozialversicherung.
3. Über Arbeitssicherheit und -hygiene.
4. Für die Heranziehung von Frauen und Jugendlichen zu Arbeiten, die für sie verboten sind.
5. Für die Weigerung, eine schwangere Frau zur Arbeit einzustellen.
6. Für die Verhinderung oder Erschwerung der Verwirklichung einer Erfindung oder eines Verbesserungsvorschlages.

Eine schärfere Bestrafung als bisher sieht der Entwurf in Fällen von Korruption vor. Hierfür wird eine Strafe von erzieherischer Bedeutung eingeführt, nämlich den Verweis, verbunden mit dem Auftrag, ihn (den Verweis) im Betrieb, in dem der Verurteilte beschäftigt ist, öffentlich zur Kenntnis zu bringen.

8) Fortschrittliche Katholiken geben auf

Die beiden Zeitschriften der "fortschrittlichen Katholiken" - in Warschau "Dzis i Jutro" und in Krakau "Tygodnik Powszechny" - haben ihr Erscheinen eingestellt. Eine der beiden, "Dzis i Jutro", war vor einem Jahr vom Vatikan auf den Index gesetzt worden. In Warschau hoffte man zwar, dass der Heilige Stuhl diese Massnahme aufheben würde, als diese Hoffnung sich aber nicht erfüllte, entschloss man sich, das Leseverbot des Vatikans auf diese Weise zu umgehen, in dem man anstelle der eingegangenen eine neue Zeitschrift ins Leben rief, die wöchentlich erscheint. Bezeichnenderweise erhielt diese Zeitschrift den Namen "Kierunki", d.h. "Richtungen". Wie viele Richtungen es bei dieser mit den Kommunisten kollaborierenden katholischen Gruppe geben wird, kann erst die Zukunft zeigen. Im Rahmen der neuen polnischen Entwicklung wird die Rolle der Gruppe "fortschrittlicher Katholiken" wahrscheinlich recht schwierig werden. In Warschau ist man schon jetzt der Meinung, dass die Regierung in ihren Gesprächen mit dem Episkopat eventuell auf den bisherigen Vermittler verzichten wird.

Vorläufig sind aber die "fortschrittlichen Katholiken" immer noch bemüht, im Auftrage des Warschauer Regimes sogar auswärtige Aktionen zu unternehmen. Wie das Blatt des Vatikans "Osservatore Romano" folgendermassen kommentiert: "Der Nutzen ihrer Reise erscheint uns fraglich."

9) Sozialistische Arbeitsdisziplin - veraltet

Ist die Sozialistische Arbeitsdisziplin veraltet? - so fragt die "Glos Pracy" vom 8. Mai. Sie kommt zu dem Ergebnis, dieses 1950 erlassene Gesetz enthalte eine Reihe rein formalistischer und dadurch ungerechter Vorschriften, die jetzt durch nichts mehr gerechtfertigt werden können. Aufgrund dieser Vorschriften wurden viele anständige Menschen und gewissenhafte Arbeiter verurteilt, obwohl sowohl die Leitungen der Betriebe als auch die Richter genau wussten, dass diese Menschen unschuldig waren. Direktionen und Gerichte mussten sich aber an den Buchstaben des Gesetzes halten, da sie sonst selbst nicht nur zur Verantwortung gezogen, sondern auch bestraft worden wären. Gleichzeitig aber verstanden es viele Betrüger und " blaue Vögel", die Formalistik des Gesetzes mit Hilfe entsprechender "Atteste" zu umgehen, die sie sich durch ihre "Beziehungen" besorgen konnten.

> "Jetzt ist es an der Zeit, dieses Gesetz gründlich zu revidieren", so meint die "Glos Pracy". "Früher hatte das Gesetz eine bestimmte Aufgabe zu erfüllen, nämlich die Arbeiter, die vom Lande in die Fabriken abwanderten, zur Disziplin zu erziehen. Jetzt aber ist es soweit, dass die Arbeiter ihre Arbeit schätzen gelernt haben. Wenn sie jetzt ihrer Pflicht schlecht nachkommen, so wird eine Arbeitsentlassung wohl die empfindlichste Strafe für sie sein."

10) "Sozialistischer Wettbewerb taugt auch nicht viel...

Irena BRZOZOWSKA, die Vorsitzende der Gewerkschaft Angestellte des Gesundheitswesens, beschäftigte sich am 7. Mai mit der Frage, ob der sogenannte sozialistische Wettbewerb im Gesundheitswesen überhaupt eine Existenzberechtigung habe. Sie kommt dabei zu dem Schluss, dass man ihn ruhig zu Grabe tragen könne, denn auf keinem anderen Gebiet hat dieser sogenannte Wettbewerb zu derartig schädlichen und absurden Entstellungen geführt, wie gerade im Gesundheitswesen. So führte sie u. a. aus:

"Die Ärzte waren verpflichtet, möglichst viele Patienten in kürzester Zeit abzufertigen. Derartige Verpflichtungen mussten sie auf sich nehmen, um damit ihre Bereitschaft, die Normen überzuerüllen, unter Beweis zu stellen. Und diese Normen waren sowieso schon reichlich hoch. Das Ergebnis davon war, dass die Ärzte ihre Patienten nur oberflächlich untersuchen konnten, ja nicht einmal die Zeit hatten, sie nach ihren Beschwerden zu fragen..."

Ferner führte sie aus:

"Die wissenschaftlich arbeitenden Ärzte mussten ebenfalls im 'sozialistischen' Wettbewerb stehen und sich noch dazu verpflichten, wissenschaftliche Arbeiten anzufertigen, ohne überhaupt die Gewissheit zu haben, ob sie die notwendigen Unterlagen für diese Arbeiten bis zu dem angegebenen Termin werden sammeln können. Andere Verpflichtungen wiederum hatten einen rein formalen Charakter. So wurden z.B. Verpflichtungen kurz vor Übergabe der Arbeit an die Druckerei übernommen, d. h. also, die wissenschaftliche Arbeit war schon fertiggestellt..."

Kurz danach (12./13. Mai) wird von derselben Zeitung erwogen, ob man den sogenannten "sozialistischen Wettbewerb" nicht überhaupt einstellen solle. Die Zeitung stellt fest, dass es in der letzten Zeit um diese Sache recht still geworden sei. Es bestände auch kein Grund, besonders stolz zu sein, wenn man auf die Vergangenheit zurückblickt. Unter einem Berg von Formularen, Unterlagen und schön klingenden Worten sehe man den Wettbewerb überhaupt nicht mehr. Die Zeitung deutet an, dass die bisherigen Vorschriften so gefasst worden seien, unzähligen Schlauköpfen und Betrügern die Möglichkeit zu geben, einen Wettbewerb und eine Normübererfüllung vorzutäuschen. Diese Erkenntnis solle aber nicht bedeuten, dass man bereit sei, auf den "echten sozialistischen" Wettbewerb zu verzichten. Dieser sei nur reformbedürftig. Ihn ganz einzustellen, würde nur bedeuten, dass man das Kind mit dem Bade ausschüttet.

II. Wirtschaft

1) Kongress der Produktionsgenossenschaften in Warschau

Am 26., 27. und 28. Mai fand in Warschau der Kongress der Produktionsgenossenschaften statt, an dem die Vertreter der Kolchosen, der MTS sowie Vertreter von Partei und Regierung teilnahmen. Die Hauptprobleme, die auf dem Kongresserörtert wurden, waren:

1. Die Beschleunigung der Kollektivierung in der Landwirtschaft
2. Die Verbesserung der Arbeit der Kolchosbauern
3. Die Erweiterung der Selbstständigkeit der Kolchosen
4. Die Schaffung einer Organisation, die die Selbstverwaltung der Kolchose darstellen soll.

Der erste Sekretär des ZK, OCHAB, betonte in seiner Ansprache die Notwendigkeit, die Kollektivierung in der Landwirtschaft beschleunigt durchzuführen. Er stellte fest, dass es zurzeit 10.600 Kolchosen in Polen gäbe, die etwa 10 % der landwirtschaftlich genutzten Fläche und über 220.000 Bauernfamilien umfassen unddem Staate 12 % des Getreides abliefern. Gleichzeitig betonte er aber, dass es auch noch viele schlecht arbeitende Kolchosen gäbe. Das bisherige Tempo der Kollektivierung sei ungenügend. Andere Volksdemokratien hätten auf diesem Gebiet Polen weit überholt. Das Ausmass der landwirtschaftlichen Produktion genüge nicht, um den eigenen Bedarf zu decken. Im Laufe der letzten Jahre hätte Polen über 1 Millionen Tonnen Getreide jährlich importieren müssen. Nur eine Umwandlung der Landwirtschaft durch Mechanisierung der Arbeitsvorgänge, die wiederum nur im Rahmen der Kollektivierung möglich sei, könne diese Situation ändern. Sowohl in den Ausführungen OCHABs als auch in den Ansprachen anderer Regierungsvertreter vermisste man völlig irgendeinen aggressiven Ton an die Adresse der Einzelbauern. Man hat das Gefühl, Warschau wolle es in der jetzigen Situation mit den Bauern absolut nicht verderben, auch wenn die Kollektivierung nicht das gewünschte Tempo erhalten wird. Immerhin entstanden in den ersten vier bis fünf Monaten dieses Jahres so viel neue Kolchosen, wie im ganzen Jahre 1955.

Weit mehr Aufmerksamkeit schenkte man der Verbesserung der Arbeit in den schon bestehenden Kolchosen. Um das zu erreichen, so betonten alle Redner, müsse man darauf verzichten, die Arbeit der einzelnen Kolchosen von oben herab zu bestimmen. Die Zeiten der Bevormundung und des Kommandierens müssten endgültig vorbei sein.

Der Kongress beendete seine Arbeit mit der Wahl eines Rates der Produktionsgenossenschaften. Dieser Rat soll eine Vertretung der Kolchosenselbstverwaltung sein. Auch in einzelnen Wojewodschaften und Kreisen sollen Kolchosverbände als territoriale Organe der Selbstverwaltung entstehen. Den Kolchosbauern soll es neuerdings auch gestattet werden, die bisherigen Statuten zu ändern, um sie den lokalen Erfordernissen anzupassen. Die bisherigen Statuten sollen nur noch als Rahmenstatuten betrachtet werden, die man zweckmässig abändern darf.

Wie aus der Rede des Landwirtschaftsministers, Antoni KULIGOWSKI, hervorgeht, ist ein wichtiger Grund für das schlechte Arbeiten der meisten Kolchosen in deren ungenügenden Größe zu sehen. Am Ende des vorigen Jahres gab es ca. 10.000 Kolchosen. Davon hatten aber 2.360 weniger als 100 ha Gesamtfläche. 3.713 hatten eine Größe zwischen 100 und 200 ha, 3.615 lagen zwischen 200 und 300 ha und nur 373 Kolchosen hatten über 500 ha. Aus dieser Tatsache zog der Minister den Schluß, dass eine der wichtigsten Aufgaben die Vergrößerung der bestehenden Kolchosen sei. Dies wolle man dadurch erreichen, dass man die noch nicht organisierten Bauern zu den Kolchosen heranziehe. Diese Bauern werden sich aber nur dann einem Kolchos anschliessen wollen, wenn sie darin eine Verbesserung ihrer materiellen Lage sehen. Qualität soll also hier für Quantität werben. (Lt. "Trybuna Ludu" vom 24., 25., 27. und 30. Mai).

2) Fünfjahrplan in den Staatsfarmen

Laut "Trybuna Ludu" vom 31. Mai soll die landwirtschaftlich genutzte Fläche der Staatsgüter in den nächsten fünf Jahren um 140.000 ha vergrössert werden. Im Jahre 1960 soll die Ertragsfläche 2.134.000 ha umfassen. 140.000 ha sollen allein für den Maisanbau bestimmt werden. Auch der Bau von 100.000 Wohnräumen innerhalb der nächsten fünf Jahre wird geplant. Diese Wohnräume sollen für die Landarbeiter bestimmt sein. Die Wohnverhältnisse auf den Staatsfarmen gelten jetzt noch als besonders schlecht.

III. Kulturelles Leben, soziale Probleme

1) Aktuelle Aufgaben der Gewerkschaften in Polen

Der Vorsitzende des Zentralrates der Gewerkschaften, Viktor KLOSIEWICZ (Nebenbeigesagt steht er im Lager von OCHAB), sprach am 22. Mai während einer Pressekonferenz in Warschau über die aktuelle Arbeite der Gewerkschaftsbewegung in Polen. Er führte u.a. aus:

1. Eine der wichtigsten Aufgaben ist die Verselbständigung der Vorstände einzelner Gewerkschaften. Bisher waren diese Vorstände sehr zentralistisch gelenkt und mussten sich auch mit einzelnen und unwichtigen Fragen an den Zentralrat wenden. Eine grössere Selbständig-

keit werde nicht nur die einzelnen Gewerkschaften, sondern auch Betriebsräte in einzelnen Betrieben bekommen. Insbesondere alle Fragen der Lohnregulierung sollen durch die einzelnen Gewerkschaften künftig selbständig gelöst werden.

2. Auch die Finanzen des Gewerkschaftsrates sollen weitgehend dezentralisiert werden. Bisher haben die Betriebsräte alle Einnahmen aus den Beiträgen weiter an die Zentrale überwiesen. In Zukunft plant man, dass drei Viertel der Einnahmen beim Betriebsrat bleiben, nur der Rest wird weitergeleitet.

3. Die Erhöhung der Mindestlöhne auf 500 Zl. und die Erhöhung der Renten, die im April durchgeführt wurden, bezeichnete KLOSIEWICZ als unzureichend. Die Gewerkschaften werden sich dieser Angelegenheit mit grosser Aufmerksamkeit widmen. Die Vorschläge zur Regulierung der Löhne wird nicht dem zentralen Organ, sondern einzelnen Fachgewerkschaften überlassen. Die Altersgrenze beim Rentenempfang soll - nach Vorschlägen des Gewerkschaftsrates - bei Männern vom 65. auf das 60. Lebensjahr und bei Frauen vom 60. auf das 55. Lebensjahr herabgesetzt werden.

4. Der Gewerkschaftsrat wird für die Annullierung des Gesetzes über die sozialistische Arbeitsdisziplin eintreten.

5. Der Gewerkschaftsrat wird für die weitgehende Abänderung der Vorschriften über den "sozialistischen"Wettbewerb eintreten.

KLOSIEWICZ stellte fest, dass jetzt die Gewerkschaften ihre Aufgabe erfüllen werden, indem sie die materiellen und sozialen Belange der Arbeiterschaft vertreten. (Lt. "Glos Pracy" vom 23. Mai.)

2) Wann endlich 8-stündiger Arbeitstag?

Mit dem Problem der täglichen Verletzungen des verfassungsmässig garantierten achtstündigen Arbeitstages beschäftigt sich "Trybuna Ludu" vom 19. Mai. Die Zeitung stellt fest, dass die Nichtbeachtung der gesetzlichen Vorschriften allgemein üblich sei und unbestraft bleibe.

„Die Überstunden werden jetzt in allen Zweigen der Volkswirtschaft durchgeführt. Nach unvollständigen Angaben hat man im Jahre 1955 in der Industrie 297 Mill. und im Bauwesen 49 Mill. Überstunden gemacht. Zusammen entspricht das 43 Mill. Arbeitstagen. Allein im ersten Quartal dieses Jahres wurden in der Industrie 62 Mill. Überstunden geleistet. Diese Zusammenstellung berücksichtigt aber nur die bezahlten Überstunden, Man müßte die oben angeführten Angaben noch durch die

Zahl der "versteckten", d.h. nicht richtig bezahlten oder unbezahlten Überstunden ergänzen."

Das Blatt beschreibt die Arbeitsweise vieler Betriebe, in denen man während der ersten Dekade des Monats so gut wie nichts tut, weil sich beispielsweise die Zubringerbetriebe mit den Liferungen verspäten. In der zweiten Dekade läuft dann das normale Arbeitstempo an, in der dritten Dekade steigert sich das zu einem höllischen Ausmass. Im dritten Teil des Monats arbeiten manche Arbeitergruppen und das technische Personal häufig ununterbrochen zwei bis drei Schichten hindurch.

Der Kampf gegen die Überstunden sei aber bei den Arbeitern äusserst unbeliebt. Der Grund dafür ist aber leicht zu finden. Die Arbeiter werden schlecht bezahlt. Die zusätzlichen Einkünfte aus Überstunden machen manchmal bis zu einem Drittel ihres Grundlohnes aus. Sie können es sich also nicht leisten, auf diese zusätzliche Einnahmequelle zu verzichten, denn sonst müssten sich ihre Familien noch mehr einschränken.

Das Blatt versucht einen Ausweg aus der heutigen Situation zu finden. Es empfiehlt: Alle Überstunden müssen voll bezahlt werden. Das wird die Betriebe zwingen, rhythmisch zu arbeiten. Die Arbeitsunterbrechungen müssen auf das notwendigste Minimum beschränkt, gleichzeitig aber die Arbeitsleistungen erhöht werden. Die Grundlöhne der Arbeiter müssten gleichzeitig so erhöht werden, dass sie nicht mehr auf die Überstunden angewiesen seien.

3) "Sozialistische" Gesetzlichkeit erfordert Unabhängigkeit des Richters

Am 12. und 13. Mai fanden in Warschau die Beratungen des Zentralvorstandes der Polnischen Juristenvereinigung statt. Der neue Minister für Justiz, Frau Zofia WASILKOWSKA, ging in ihrem Referat auf die Frage der richterlichen Unabhängigkeit ein. Sie stellte fest, noch heute käme es - besonders bei den unteren Gerichten - vor, dass die lokalen Verwaltungsorgane die Richter unter Druck setzen. Derartige Vorgänge müssen entschlossen bekämpft werden.

"Auf die Festigung der richterlichen Unabhängigkeit wird die Verwirklichung des Prinzips der Wählbarkeit der Richter günstigen Einfluss haben," - meinte WASILKOWSKA - "Bis aber die Bestimmungen über die Wählbarkeit und das Recht der Abberufung von Richtern durch das Volk ausgearbeitet sind, ist es notwendig, dem Staatsrat das Recht zuzubilligen, dass er die Richter abberuft und nicht, wie es bisher der Fall war, der Minister für Justiz."

Von der Seite der Rechtsanwälte hörte man viele Klagen.

"Seit Jahren hat man uns an den Rand der Rechtspflege abgeschoben. Man hat uns ungerechterweise zu Geldmachern gestempelt. Unsere Vorschläge, Beweismittel zu sammeln, wollten die Staatsanwälte überhaupt nicht hören. Ein williges Ohr hatte das Gericht für die Staatsanwälte, aber nicht für uns. Auch die Presse begnügte sich in ihrer Berichterstattung meistens nur mit der Formel: 'Nachher ergriff die Verteidigung das Wort,' das war alles."

So sahen die Argumente der Rechtsanwälte aus.

Auch die Presse bekam ihre Prügel:

"Der von der Presse eingeschlagene Weg ihrer Berichterstattung war offensichtlich auch falsch. Es war der Weg der bedingungslosen Bejahung eines jeden Urteils, ja sogar jeder Anklageschrift einfach nur aus dem Grund, weil es eben von den Organen der Rechtspflege des Volkes kam. Und doch kann bekanntlich auch der beste Richter und der gewissenhafteste Staatsanwalt Fehler begehen, aber man soll sie nicht noch in diesen Fehlern unterstützen."

(Lt. "Trybuna Ludu" vom 14. 5. 56 und "Zycie Warszawy" vom 6. und 7. 5.)

4) "Vertrauliche Gutachten" sollen abgeschafft werden

Der Zentralrat der Gewerkschaften fasste am 18. Mai einen Beschluss, dass in den Personalakten der Beschäftigten die vertraulichen Gutachten abgeschafft werden sollen. In diesem Beschluss heisst es:

"In den Betrieben hat sich der Brauch verbreitet, vertrauliche Gutachten in die Personalakten aufzunehmen, ebenso auch die Unsitte, vertrauliche Gutachten über Beschäftigte des Betriebes abzugeben. Dies ist nach den Rechtsvorschriften unbegründet und steht ausserdem im Widerspruch zu den Prinzipien der Offenheit des gesellschaftlichen Lebens im Volksstaat. Diese vertraulichen Gutachten, die ja ohne Kontrolle durch gesellschaftliche Organe und den betreffenden Beschäftigten ausgestellt werden, und nicht selten diesen Menschen benachteiligen, bieten Raum für Übergriffe und sind Gegenstand vieler Zwistigkeiten, Klagen und Beschwerden. Unter Berücksichtigung der oben geschilderten Umstände beschliesst der Gewerkschaftsrat den Antrag, die Herausgabe einer entsprechenden Verordnung zu veranlassen, die folgende Ziele haben soll:

1) Die Abgabe vertraulicher Gutachten über die Angestellten seitens der Betriebe, ungeachtet der Form des Gutachtens (schriftlich, mündlich oder telefonisch) völlig zu untersagen.

2. die Möglichkeit einzuräumen, dass Betriebe auf Wunsch von Angestellten schriftliche Bemerkungen anstellen

3. den Angestellten das Recht zuzubilligen, beim Betriebsrat Einspruch zu erheben, wenn sie der Meinung sind, die angefertigte Beurteilung (sh. Punkt 2) benachteilige sie, der Betriebsrat hat die Pflicht, die Richtigkeit der ausgestellten Beurteilung zu überprüfen. Dabei muss sowohl der betreffende Antragsteller als auch der die Beurteilung ausstellende bei der Prüfung der Angelegenheit zugegen sein,
4. anzuordnen, dass die Betriebe alle in ihrem Besitz befindlichen geheimen Gutachten und Charakteristiken über Angestellte vernichten,
5. die Pflicht aufzuerlegen, Betriebsleiter und Personalleiter, die gegen die o.a. Bestimmungen verstossen, einem Disziplinarverfahren zu unterziehen." (Lt. "Trybuna Ludu" vom 20. Mai)

Die gesamte Presse gibt viele Beispiele derartiger Übergriffe im Zusammenhang mit den geheimen Gutachten. Man ersieht daraus, dass dieses Verfahren eines der gemeinsten und heimtückischsten Mittel war, alle aus persönlichen Gründen unbequemen Personen als politisch "unzuverlässig" zu stempeln und ihnen manchmal sogar dadurch jede Möglichkeit zu nehmen, irgendeine Arbeit zu bekommen. Sollte dieser Beschluss tatsächlich verwirklicht werden, so könnte dadurch viel Unrecht in den Betrieben verhindert werden.

5) Bürokratie ... 55 Divisionen von Amtsschimmelreitern

Der führende polnische Planungstheoretiker, Bronislaw MINC, (Bruder des Politbüromitgliedes Hilary MINC) gibt in der Zeitschrift "Nowa Kultura" vom 27. Mai einige interessante Einblicke in die Ausmasse der bürokratischen Überwucherungen in Polen. Aufgrund seiner Angaben betrug die Zahl der Beamten und Angestellten u.a. im Jahre 1955 rund 1 Million, davon entfielen auf:

Allgemeine Verwaltung	348,500
Industrieverwaltung	192,200
Bauwesenverwaltung	65,900
Landwirtschaftsverwaltung	41.300
Sozialverwaltung	63.200

MINC betonte dabei, dass in dieser Zusammenstellung viele nicht berücksichtigt wurden, die mit den Produktionsvorgängen nichts zu tun haben. So beträgt z.B. die Zahl der Werkschutzleute alleine bei der Industrie 110.000. Es handelt sich also bei dieser einen Million tatsächlich nur um Beamte und Angestellte sensu stricto.

"Eine Million entspricht der Zahl von 55 kriegsstarken amerikanischen Divisionen. Eine Million Beamte auf 27 Millionen Bevölkerung! Ist das nicht etwas zu viel für ein Land, das noch arm ist?"

MINC verlangte, den Zuzug neuer Kräfte zur Verwaltung rigoros abzustoppen und die derzeitige Überzahl nach und nach abzubauen.

B. Beziehungen zum Ausland

1) Französischer Senator über die Oder-Neiße

Der französische Senator DEBU-BRIDEL (Sozialrepublikaner), der im April eine Delegation französischer Parlamentarier in Polen leitete, gab der in Paris erscheinenden, polnischsprachigen Tageszeitung "Wiadomosci" (Organ des Warschauer Regimes) ein Interview, in dem er u.a. feststellte:

> "Ich möchte betonen, dass ich und meine Kollegen (gemeint ist die gesamte Delegation) entschlossen sind, bei der französischen Regierung, insbesondere bei dem Aussenminister Pineau zu intervenieren und zu verlangen, dass Frankreich zur Frage der Oder-Neiße-Grenze eine klare Stellung einnimmt und entsprechende Vorschläge sowohl in Washington, als auch im Vatikan und in Deutschland vorlegt. Wenn man die westliche Grenze Polens in Frage stellt, so ist das gleichbedeutend mit der Provozierung eines allgemeinen Zusammenbruchs im Weltmaßstab."

2) Polens Ministerpräsident soll nach Frankreich reisen

Am 16. Mai meldet "Trybuna Ludu" folgendes:

> "In den letzten Wochen fanden diplomatische Verhandlungen zwischen Polen und Frankreich über eine Reihe von Fragen statt, die für beide Seiten von Interesse sind. Wie bekannt wurde, ist vereinbart worden, dass sich Ministerpräsident Jozef CYRANKIEWICZ zu einem offiziellen Besuch nach Frankreich begeben wird. Der Termin des Besuches wird zu einem späteren Zeitpunkt festgelegt."

In informierten Warschauer Kreisen spricht man davon, dass der Besuch CYRANKIEWICZs wahrscheinlich im August stattfinden wird. Es wird der erste Besuch eines Regierungschefs aus einem Satellitenstaat im westlichen Ausland sein. Man rechnet damit, dass von polnischer Seite der Versuch gemacht wird, das alte Bündnis aus der Vorkriegszeit, welches Polen mit Frankreich verband, jetzt zu erneuern. Nach Ansicht dieser Kreise ist die Pariser Reise CYRANKIEWICZs als ein Bestandteil der sowjetischen Bemühungen zu verstehen, Frankreich enger an den Ostblock zu binden. In Warschau erwartet man auch eine offizielle Stellungnahme Frankreichs zu dem Problem der polnischen Westgrenze.

3) Polnische Reaktion auf deutsche Stimmen zur Oder-Neisse

Wie nicht anders zu erwarten, reagierte die gesamte polnische Presse sehr interessiert auf die letzten Äusserungen der Politiker aus der Bundesrepublik

Zu der mehrfach korrigierten Äusserung Dr. von BRENTANOS schreibt "Zycie Warszawy" vom 30. Mai folgendes:

"In letzter Zeit sind wir Zeugen eines Vorganges, den man als ersten Versuch einer Revision des bisherigen Programms der 'Vereinigung Deutschlands' bezeichnen könnte. Offensichtlich beginnt man in der Bundesrepublik zu begreifen, dass das erwünschte Schlucken der DDR und die gewaltsame 'Wiedergewinnung' der polnischen Westgebiete keine Chancen auf Realisierung haben. Minister von Brentano versuchte, seine ursprüngliche Stellungnahme abzuschwächen und einen Rückzieher zu machen. Seine Äusserung jedoch wurde in vielen politischen Kreisen der Bundesrepublik anerkennend begrüsst."

Anlässlich der Äusserung von GREVE schreibt "Zycie Warszawy" am 19. 5.:

"Es mag sein, dass sich Herr Dr. Greve verpflichtet fühlt, seine Äusserung 'richtig zu stellen' und zu 'erklären'. Für uns ist aber ausschlaggebend, dass westdeutsche Politiker sowohl von der Regierungspartei (von Brentano) wie von der Opposition (Greve) anfangen, über die Oder-Neisse-Grenze etwas realistischer zu denken. Und wenn sie damit einmal anfangen, so werden sie unweigerlich zu dem Ergebnis kommen, daß diese Gebiete östlich der Oder und Neisse für Deutschland endgültig verloren sind. Zehn Jahre lang haben diese Politiker von einer 'Rückkehr des deutschen Ostens' geredet. Deshalb fällt es ihnen jetzt nicht leicht, die Front zu wechseln. Aus diesem Grunde sind ihre Formulierungen so unklar und wird so viel 'richtiggestellt'. Wir ziehen jedoch diese unklaren Formulierungen den bisherigen demagogischen und revisionistischen vor."

"Trybuna Ludu" befasst sich am 22. 5. mit der Äusserung von Bundeskanzler Dr. ADENAUER anläßlich des Treffens der Vertriebenen. Sie schreibt:

"Kanzler Adenauer hat sich damitbegnügt, dem Treffen in Bochum ein Grußtelegramm zu übermitteln, in dem es heisst: Ich weiß es zu würdigen, daß die Erinnerungen an Breslau so lebendig sind. Ich hoffe, daß die Hauptstadt Schlesiens bald wieder ihre historische Aufgabe erfüllen kann."

Diesen Satz kommentiert "Trybuna Ludu"wie folgt:

"Bald? Breslau, die Hauptstadt Niederschlesiens, hat ihre historische Aufgabe in den letzten elf Jahren erfüllt. Man kann nicht in die Zukunft sehen, aber wer kann auch nur die geringste Möglichkeit dafür entdecken, dass Adenauers Träume in Erfüllung gehen? Es wäre gut, wenn Adenauer etwas Respekt vor der Geschichte lernen würde, die ja schließlich kein Bonner Rekrut ist und nicht nach dem Befehl irgendeines Oberfeldwebels über den Kasernenhof marschiert."

4) Neuer Kurs in der Warschauer Politik gegenüber Deutschland?

Von gut unterrichteter Seite ging uns über die Stimmung innerhalb der führenden Warschauer Kreise gegenüber Deutschland bei Redaktionsschluß dieser Monatsübersicht ein Bericht zu, den wir nachstehend wiedergeben:

"Es deutet manches darauf hin, daß die Warschauer Politik Deutschland gegenüber neu orientiert wird. Die bisher allein geltende These 'die DDR ist ein Bollwerk der Demokratie und ein Garant unserer westlichen Grenze' scheint einer Revision zu bedürfen.

Die fortschreitende Entspannung der allgemeinen politischen Weltlage, die letzten Äußerungen mehrerer Westdeutschen Politiker, die Art, wie man diese Äußerungen in der westlichen Presse (Schweiz, Großbritannien, Frankreich) kommentiert hat und endlich die ersten Schwalben aus den USA (Mac Cloy) haben manchen Menschen in Warschau veranlaßt, die bisherige Politik als überholt zu verkünden.

Es gab im öffentlichen Leben Warschaus genügend Leute, welche die gesamte Diplomatie Warschaus im Hinblick auf die deutsche Frage als eine auf einer Annahme beruhende Politik bezeichneten. Diese Annahme bestand darin, daß es zwei Deutschlands gäbe: Einmal ein gutes (DDR) und zum anderen ein schlechtes (Bundesrepublik). Es wurden in Warschau neulich Stimmen laut, die besagten, daß es eine tragische Vereinfachung sei anzunehmen, alle DDR-Bürger dächten "fortschrittlich", alle Bundesrepublikaner dagegen schrien nach einem Revanchekrieg gegen Polen. In der Diskussion, die zur Zeit in Warschau geführt wird, und die alle Themen - auch die deutsche Frage - umfaßt, sind u.a. Formulierungen gebraucht worden, wie z.B., daß die DDR 'ein künstliches Gebilde' sei und es auch unsinnig sei, in ihr einen ausreichenden Garanten für die Unantastbarkeit für die polnische Westgrenze zu sehen.

Gerade die heutige politische Lage bietet, nach Ansicht gewisser Warschauer Kreise, die Chance, das polnisch- deutsche Verhältnis auf einer realen Basis aufzubauen. Diese reale Basis stellt aber im Augenblick nur die Bundesrepublik in Form eines Gesprächspartners dar. Die Tendenz einer realistischen Einstellung gegenüber den Problemen der Gebiete östlich von Oder und Neisse durch westdeutsche Politiker wird immer stärker in Erscheinung treten. Es ist absolut notwendig, diese Tendenz von polnischer Seite aus zu nützen. Wenn man aber in den Gesprächen zwischen Polen und der Bundesrepublik in diesem Punkt zu einem positiven Ergebnis kommt, so wird das einen ganz anderen Wert haben, als Tausend Versicherungen von Freundschaft und Bündnistreue seitens der DDR.

Es wird in Warschau behauptet, dass der Ministerpräsident CYRANKIEWICZ und der neue Aussenminister RAPACKI solchen Erwägungen ein williges Ohr schenken, während sie in den Kreisen um OCHAB auf Ablehnung stossen."